

# Neutrale Haltung der Schweiz in der deutschen Reparationskrise 1921

Autor(en): **Bonjour, Edgar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **26 (1976)**

Heft 1/2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80744>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# NEUTRALE HALTUNG DER SCHWEIZ IN DER DEUTSCHEN REPARATIONSKRISE 1921

Von EDGAR BONJOUR

In den von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Akten der Reichskanzlei aus der Zeit der Weimarer Republik beschlagen zwei Bände die Kabinette Wirth I und Wirth II<sup>1</sup>. Beim Übergang vom ersten zum zweiten Kabinett ist viel vom Entscheid des Völkerbundsrates über Oberschlesien, von der Reparationsfrage und vom deutschen Versuch, den Zahlungsplan zu erfüllen, die Rede. Schon im September war das Garantiekomitee, eine Unterabteilung der alliierten Reparationskommission, nach Berlin gekommen, um zu kontrollieren, wie die deutsche Regierung die nächstfälligen Raten, speziell die Januarrate 1922, zahlen werde. Mitte November begab sich die Reparationskommission selber zu direkten Verhandlungen mit der Kriegslastenkommission nach Berlin. Der Reichskanzler erfuhr, es herrsche innerhalb der Reparationskommission nicht volle Einigkeit über die gegen Deutschland einzunehmende Haltung. England schien zu einer Modifizierung des Zahlungsplanes, ja sogar zu einer Stundung der deutschen Verbindlichkeiten bereit, hielt aber aus taktischen Gründen an der für Belgien bestimmten Januar-Zahlungsrate fest, um nach erfolgter deutscher Pflichterfüllung die Franzosen für ein Moratorium umstimmen zu können<sup>2</sup>.

Wie aber sollte sich die Reichsregierung die nötigen Devisen beschaffen? Verhandlungen zur Erlangung kurzfristiger Kredite mit der Industrie und den Banken schlugen fehl, weil – argumentierte man dort – die Regierung die pünktliche Rückzahlung nicht gewährleisten könne. In dieser höchstgespannten Situation trat an die neutrale Schweiz die Versuchung heran, durch eine Intervention, besonders bei den Alliierten, eine Lösung der Krise herbeiführen zu helfen, die ganz Europa zu erfassen drohte.

Die Vorgänge der erregten Berliner Tage im Oktober und November 1921 spiegeln sich in den Berichten des schweizerischen Gesandten Alfred von Planta an den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements Giuseppe Motta. Während üblicherweise die schweizerischen Gesandten die deutsche Tagespolitik distanziert verfolgten und meist nur über ihre Grund-

---

<sup>1</sup> *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.* Herausgegeben für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von KARL DIETRICH ERDMANN, für das Bundesarchiv von HANS BOOMS unter Mitwirkung von Walter Vogel. *Die Kabinette Wirth I und II.* Boppard am Rhein, 1973.

<sup>2</sup> INGRID SCHULZE-BIDLINGMAIER: Einleitung zu Band I: *Die Kabinette Wirth I und II*, S. XXXIIIff.

linien nach Bern berichteten<sup>3</sup>, liess sich Planta dieses eine Mal in die taktischen Schachzüge der Politiker und in das verschlungene Spiel der Diplomaten hineinziehen. Er glaubte, sich den auf ihn eindringenden Bitten um Mediation nicht entziehen zu sollen, weil sich der Schweiz hier Gelegenheit bot, ihre traditionelle Vermittlertätigkeit wieder aufzunehmen und die Neutralitätspolitik zu aktivieren. In der Korrespondenz Plantas werden die Ansichten, Nöte, Demarchen der unmittelbar Beteiligten von einer neuen Seite her beleuchtet und auch bisher unbekannte, nicht unwichtige Züge im politisch-diplomatischen Getriebe aufgedeckt. So findet sich zum Beispiel von den Besprechungen Plantas mit führenden deutschen Staatsmännern und alliierten Diplomaten in der eingangs genannten Aktenpublikation kein Wort<sup>4</sup>.

Planta genoss als Vertreter eines an den Beziehungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich zwar interessierten aber direkt nicht beteiligten neutralen Landes sowie als loyale, kraftvolle Persönlichkeit hohes Ansehen und unterhielt mit den Verantwortlichen in den verschiedenen Lagern vielseitige persönliche Verbindungen. Um sich von der reichlich verwirrten Lage eine deutliche Vorstellung zu verschaffen und den Bundesrat genau und selbständig informieren zu können, nahm er am 11. und 12. Oktober Rücksprache mit den Botschaftern der drei Ententemächte, ferner mit Reichsjustizminister Eugen Schiffer und mit dem Führer der deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann. Der italienische Botschafter Alfredo Frassati, der eben erst in Berlin angekommen war – es hatte sich ihm vor seiner Abreise keine Gelegenheit geboten, mit dem Ministerium des Auswärtigen in Rom Fühlung zu nehmen – sprach seine persönliche Ansicht dahin aus, dass die Stellung des Kabinetts Wirth unhaltbar werde, wenn man wirklich eine Teilung Oberschlesiens beschliessen sollte. Er hatte sich ausgiebig mit Reichskanzler Wirth und Aussenminister Rosen besprochen und bei beiden tiefe Niedergeschlagenheit sowie die bestimmte Absicht festgestellt, eine ungünstige Entscheidung mit dem Rücktritt des Kabinetts zu beantworten. Der Reichskanzler, dem die Rechtsopposition «Erfüllungsfanatismus» vorwarf, habe ihm den Eindruck eines gebrochenen Mannes gemacht und ihm wörtlich gesagt: «Meine Politik der Erfüllung hat nunmehr vollständig Schiffbruch erlitten.»

Von Minister Schiffer vernahm Planta, es bestehe unter den Mitgliedern des Ministeriums Einigkeit darüber, dass das Kabinett zurücktreten müsse, wenn die Entwicklung wirklich verlaufen werde, wie man nun allgemein annehme. Nur darüber gingen die Meinungen auseinander, ob dieser Rücktritt sofort erfolgen oder ob man besser zuwarten sollte, bis die Entscheidung offiziell mitgeteilt werde. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts

---

<sup>3</sup> MANFRED TODT: *Die Beurteilung der deutschen Politik 1894–1900 und ihrer leitenden Persönlichkeiten durch schweizerische Diplomaten*. Tübingen 1964.

<sup>4</sup> Die Originale der Berichte Plantas liegen im Bundesarchiv in Bern unter der Signatur EPD Berlin, Politische Berichte 1921. Wir folgen in einigen Partien unserer Darstellung den Ausführungen Plantas wenn möglich wörtlich.

wollten noch einen Schritt weitergehen und den Rücktritt erst dann erklären, wenn der Reichstag der Regierung das Vertrauen entziehe. Aber selbst sie anerkannten, dass nach dem Verluste des wichtigsten Industriegebietes Oberschlesiens die Erfüllung der alliierten Forderungen in dem vorgesehenen Umfang nicht mehr möglich sei.

Der britische Botschafter Lord Edgar Vincent d'Albernon äusserte sich gegenüber Planta sehr ungehalten über die «Neurasthenie», die das Kabinett Wirth befallen habe; sie berge Gefahren für die Zukunft ganz Europas in sich. Er betonte die Erfolge Deutschlands auf dem Gebiet der internationalen Politik: die Begründung der ehrlichen Absichten Deutschlands in bezug auf die Erfüllungspolitik und die demokratische Friedenspolitik. Dadurch sei die wichtigste Voraussetzung geschaffen und der einzig mögliche Weg gefunden, auf dem man allmählich eine Revision des Versailler Vertrages erreichen könne. Gegenüber einer solchen Möglichkeit erscheine es einfach lächerlich, wegen des Verlustes einiger oberschlesischen Grenzbezirke die Flinte ins Korn zu werfen und ganz Europa in Brand zu stecken. Der Verlust jener oberschlesischen Kreise sei für das Wirtschaftsleben Deutschlands gar nicht so bedeutend und überhaupt werde diese Lösung nur solange dauern, als Polen bestehe.

So sehr auch Planta die Argumentation des englischen Botschafters verstand, so bewies sie ihm doch, dass d'Abernon sich gar keine Rechenschaft gab von der innerpolitischen und parlamentarischen Struktur Deutschlands. Er entgegnete ihm, die britischen Überlegungen könnten nur dann praktische Folgen zeitigen, falls ein selbtherrlicher Kaiser oder ein Diktator an der Spitze des Staates stünde. Heute aber, da Deutschland parlamentarisch regiert werde, könne das eben nicht ohne eine Mehrheit im Reichstag geschehen und diese werde für eine Auffassung, wie sie d'Abernon vertrete, nie zu haben sein. Gegen die englische Auffassung wende man von deutscher Seite ein, das Vertrauen der Entente zum Kabinett Wirth stütze sich darauf, dass Wirth bisher alles getan und hingenommen habe, was die Entente von ihm verlange. Wenn aber einmal der unvermeidliche Augenblick kommen werde, da eine dieser vielen Zumutungen nicht mehr erfüllt oder ertragen werden könne, höre das Vertrauen auf. Wie richtig diese deutsche Ansicht sei, beweise allein schon der Lärm, den die französische Presse schlage, weil das Kabinett Wirth es wage, die Entscheidung über Oberschlesien nicht ruhig hinzunehmen.

Der französische Botschafter Charles Laurent schien von dem bevorstehenden «coup de tête du gouvernement allemand» beunruhigt; das werde neue Verwirrung in die internationale Lage bringen. Wenn die Deutschen damit rechneten, «de désunir les alliés», so gingen sie völlig fehl. Er habe dem Reichskanzler im Auftrag von Ministerpräsident Briand erklärt, «que la question de la Haute Silésie n'existait plus pour la France». Gleichzeitig habe er dem Reichskanzler formell versichert, die französische Regierung werde sich «in keiner Weise in die Entscheidung einmischen oder ver-

suchen, sie zu beeinflussen». Wie diese Erklärung von der deutschen Regierung aufgefasst werde, meinte Planta, ersehe man daraus, dass Wirth sofort das Kabinett einberufen und gesagt habe, es müsse nach den Eröffnungen des französischen Botschafters sehr schlecht um die deutsche Sache stehen. Und was Planta von der Versicherung Frankreichs hielt, es werde sich in die Entscheidung über Oberschlesien nicht einmischen, kann man seiner Mitteilung entnehmen, laut Laurents Aussage ihm gegenüber hätten die französischen Sachverständigen selbstverständlich in Genf, wo der Völkerbundesrat die Entscheidung zu treffen hatte, die Gesichtspunkte auseinandergesetzt, die für Frankreichs Standpunkt massgebend seien: «Mehr brauchte es ja wohl nicht, um zu erreichen, dass die Herren aus China, Brasilien und Spanien wussten, woran sie sich zu halten hatten», bemerkte Planta sarkastisch. Laurent anvertraute ihm auch, man sei in Frankreich entschlossen, im Fall eines Sturzes der Regierung Wirth und einer Ablehnung des Erfüllungsversprechens «de renforcer l'occupation». Dazu Planta: «Was das heisse, sei jedermann klar.

Vom Abgeordneten Stresemann erfuhr Planta, dass die massgebenden Kreise der Industrie und der Landwirtschaft sich unbedingt von der geplanten Kreditaktion, das heisst von der Aktion für Beschaffung von Devisen zur Bezahlung der Januar-Rate 1922, zurückzögen, weil sie eine solche nunmehr für aussichtslos hielten. Damit sei das Erfüllungsprogramm des Kabinetts Wirth erledigt. Die Deutsche Volkspartei könne nicht in eine Regierung eintreten, die die Erfüllung auf ihr Programm setze; denn von der Möglichkeit einer Erfüllung auch nur der unmittelbar bevorstehenden Verpflichtungen könne nach dem Entscheid über Oberschlesien gar keine Rede mehr sein. In diesem Zusammenhang teilte Stresemann ferner mit, dass die Beschaffung der Anfang September bezahlten ersten Goldmilliarde nur möglich geworden sei durch Geldaufnahme in «sehr erheblichem Umfang» und zu äusserst onerosen Bedingungen. Deutschland müsste nicht nur auf den 1. November, abgesehen von den Sachleistungen, rund 500 Millionen Goldmark an die Entente bezahlen, sondern ausserdem auf Ende des Jahres ungefähr ebensoviel aufbringen, um die fälligen Schulden zu begleichen. Diese Möglichkeit hätte vielleicht bei einer ganz günstigen Entscheidung über Oberschlesien bestanden; nunmehr sei sie aber vollkommen ausgeschlossen. Stresemann versicherte seinem Gesprächspartner auch, die Regierung verfüge bis zur Stunde über nicht mehr als eine Million Goldmark, um die Anfang November fällig werdende halbe Milliarde zu decken. «Wie soll», habe Stresemann wörtlich fortgefahren, «das Kabinett unter solchen Umständen an seinem Erfüllungsprogramm festhalten, und wie könnte es dem Reichstag ein Vertrauensvotum zumuten, wenn es mit leeren Händen und zerschlagenen Hoffnungen und Versprechungen vor das Parlament treten muss?» Nur eine solche Regierung halte er für möglich, die ganz offen die Unfähigkeit zur Erfüllung ausspreche und entschlossen sei, die aus ihrer Erklärung sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Dass Stresemann unter diesen Umständen

die Lage Deutschlands in den düstersten Farben sehe, bedürfe kaum einer Erwähnung, schrieb Planta. Der Führer der Deutschen Volkspartei fürchte den Zerfall des Reiches, der sich aus einer völligen Linksorientierung der Reichspolitik ergeben müsste. Stresemann habe auch auf die Verbindung mit dem Osten und den Zusammenschluss mit den Deutschen Österreichs hingewiesen und daraus den Schluss gezogen, aus Mitteleuropa sei ein neuer Balkan gemacht worden; das, fügte Planta nur zur Vervollständigung des Stimmungsbildes bei, müsse zu einer fortwährenden Beunruhigung des Weltballs führen.

Sein Versuch, Stresemann davon zu überzeugen, dass die Folgen des politischen Chaos für Deutschland noch viel verderblicher sein würden, als der Verlust eines Teils von Oberschlesien, hatte keinen merklichen Erfolg. Stresemann wiederholte immer wieder: «Wir wissen nun, dass all' unser guter Wille uns kein Recht verschafft, weil man unseren Untergang will; also haben wir keine Ursache, die Agonie zu verlängern, um unseren Feinden noch möglichst viel zu bieten, bevor wir untergehen.»

Diese Aussprache mit einem der führenden Männer Deutschlands schien Planta die Stimmung getreu wiederzugeben, die augenblicklich in den weitesten Kreisen Deutschlands herrschte. Ob Stresemann wie alle deutschen Staatsmänner nicht absichtlich schwarz malte, um durch einen neutralen Kanal die Entente zu beeindrucken, ja zu erschrecken, war eine Frage, die Planta sich wohl erst im folgenden Monat stellte, als man von einer schweizerischen Mediation zu reden begann. Vorderhand sah er keine Möglichkeit, den inneren und äusseren Konflikt zu lösen<sup>5</sup>.

<sup>5</sup> Planta an Motta, Berlin 12. Oktober 1921. Politischer Bericht Nr. 45. Der Bericht trägt den Vermerk von Mottas Hand «in Zirkulation». – Am 10. Dezember 1921 zeichnete Planta dem Bundesrat folgendes Bild der deutschen Verpflichtungen: «Deutschland hat heute eine konsolidierte Schuld von 300 Milliarden, Banknotenumlauf von mindestens 100 Milliarden und dazu ein Defizit im ausserordentlichen und ordentlichen Etat von ungefähr 160 Milliarden. Dazu kommt noch die Januar- und Februarrate im Betrage von rund 700 Millionen Goldmark, was einem Werte in Papiermark von ungefähr 40 Milliarden entspricht, wenn man den Kurs der letzten Woche zugrunde legt. Das macht also insgesamt das nette Sümmchen von 840 Milliarden Passiven, ohne Aussicht, den Etat wesentlich zu verbessern und mit dem Damoklesschwert der Londoner 132 Goldmilliarden. Angesichts solcher Ziffern muss man sich wirklich fragen, ob überhaupt eine Möglichkeit besteht, jemals auf dem «natürlichen Weg» aus dieser Schuldenlast herauszukommen, und ob es einen praktischen Zweck hat, die letzten Reste der Goldreserve herauszugeben, um den Konkurs um einige Wochen hinauszuschieben. Denn das scheint heute festzustehen, dass ein Moratorium und ein Kredit auch nach Bezahlung der Januar- und Februarraten nur unter Bedingungen erhältlich sein dürfte, welche in schwerster Weise auf dem politischen und wirtschaftlichen Leben des Reiches lasten würden. Es ist deshalb mit der Möglichkeit – mein Gewährsmann spricht von der Wahrscheinlichkeit – zu rechnen, dass die deutsche Regierung demnächst ihre Insolvenz anmelden, das heisst erklären wird, es sei ihr nicht möglich, die nächstfälligen Raten zu bezahlen. Damit würde ein Stein ins Rollen gebracht, von dem kein Mensch wissen kann, wo er schliesslich hinfallen wird. Werden sich aus den Verhandlungen, zu denen die Insolvenzerklärung führen kann, Möglichkeiten für ein Moratorium ergeben, oder wird Frankreich sofort seine Pfänderpolitik betreiben? Mir scheint letzteres das Wahrscheinliche. Dann aber liegt Deutschland endgültig am Boden.» Politischer Bericht Nr. 62.

Emile Haguenin, Leiter der Delegation des Garantiekomitees in Berlin, bezeichnete Planta gegenüber die Lage als «tout à fait mauvaise». Dieser meldete nach Bern, anscheinend sei der Vorsitzende der Reparationskommission, der Franzose Louis Dubois, mit sehr strikten und engen Instruktionen nach Berlin gekommen; sie erlaubten ihm kein Nachgeben nach irgendwelcher Seite. Infolgedessen sei es in der Reparationskommission gleich am Anfang zu sehr erregten Auseinandersetzungen gekommen, wobei namentlich die Amerikaner in lebhaftester Weise dafür votiert hätten, dass das Londoner Zahlungs-Ultimatum vom Mai 1921 revidiert und den Deutschen ein Moratorium gewährt werde. Den gleichen Standpunkt, wenn auch nicht in so schroffer Form, habe der englische Delegierte vertreten<sup>6</sup>, während vom Belgier Léon Delacroix die Ansicht geäußert worden sei, die Januarrate von einer halben Milliarde müsse unter allen Umständen bezahlt werden; habe Deutschland diese Leistung vollbracht, so werde Belgien gerne zu einer Revision die Hand bieten. Den belgischen Standpunkt, schrieb Planta, könne man gut verstehen, wenn man wisse, dass die Januarrate sozusagen ausschliesslich für Belgien bestimmt sei. In der Reparationskommission hätten sich die Delegierten schliesslich dahin geeinigt, die Januarrate müsse in jedem Fall bezahlt werden.

Dagegen sei keine Einigung erzielt worden in der viel wichtigeren Frage, ob die Reparationskommission den Deutschen eine bindende Zusicherung auf Revision des Erfüllungsprogramms nach erfolgter Januarleistung geben könne. Die Amerikaner und Engländer seien bereit gewesen, eine solche Erklärung unter Vorbehalt der Ratifikation durch ihre Regierungen abzugeben; aber die Franzosen hätten das als Zumutung kategorisch abgelehnt. Mitten in diese Beratungen, berichtete Planta weiter, sei am 16. November eine offizielle Erklärung des deutschen Reichskanzlers gefallen: die Regierung vertrete zwar nach wie vor den Standpunkt der Erfüllung nach Möglichkeit; jedoch sei sie schlechterdings nicht in der Lage, die Erfüllung der Januarleistung in bestimmter Weise zuzusichern, weil sie jetzt noch nicht wisse, ob sie das Geld auftreiben könne. Diese Zuschrift des Reichskanzlers habe in der Reparationskommission grosse Erregung hervorgerufen und die bisher bestehenden Gegensätze unter den Siegermächten beseitigt. Namentlich die Engländer seien sehr ungehalten gewesen und überzeugt, der deutschen Regierung wäre es durchaus möglich, diese halbe Milliarde aufzubringen, wenn sie den guten Willen dazu hätte. Haguenin rechnete dem Schweizer Gesandten vor, der deutsche Fiskus beanspruche jetzt schon für sich ungefähr 36% der Devisen, die die Industrie einbringe; diese Abgabe würde mehr als genügen, um die halbe Milliarde zu beschaffen; Deutschland habe eben den grössten Teil dieser Abgabe für seine eigenen Zwecke verwendet,

---

<sup>6</sup> Zur französisch-englischen Spannung siehe die Berichte des Schweizer Gesandten Alphonse Dunant aus Paris an das Eidgenössische Politische Departement vom 28. November und 5. Dezember 1921. E 2300 Paris 73-75.

statt sie für die Zahlung an die Alliierten beiseite zu legen. Zu diesem Punkte habe Reichskanzler Wirth dem Schweizer Gesandten wörtlich gesagt: «Die Herren sind nicht ganz bei Trost. Sie vergessen, dass wir Getreide und andere Nahrungsmittel gegen Geld kaufen müssen, um unser Volk am Leben zu erhalten.»

Und nun setzte eine Einwirkung auf die Schweiz ein, die wohl kaum als blosser Improvisation des Franzosen gewertet werden darf: Huguenin bat den Schweizer Gesandten dringend, mit dem Reichskanzler zu reden und ihn auf die Gefahr der Lage aufmerksam zu machen, um zu erreichen, dass eine bestimmtere Zusage für die Januarrate gemacht werde.

Bevor Planta etwas in dieser Richtung unternahm, wollte er sich vergewissern, ob die Lage wirklich so dramatisch sei, wie sie ihm Huguenin schilderte. Er bat Frassati zu sich; dieser bestätigte die Mitteilungen des Franzosen «in pejus»: Die Reparationskommission habe es tatsächlich abgelehnt, auf irgendwelche Zugeständnisse hinsichtlich der Januarrate einzugehen. Der italienische Botschafter, meldete Planta nach Bern, sei ausserordentlich pessimistisch, wenschon er annehme, die deutsche Regierung werde die halbe Milliarde für Mitte Januar aufbringen. Er glaube jedoch, dass damit im besten Fall nur ein Aufschub der Katastrophe um einige Wochen erreicht werde.

Nach der Unterredung mit Frassati setzte sich Planta mit dem Reichskanzler in Verbindung; Wirth begab sich in die Wohnung des Gesandten, wo er die Situation als «nahezu verzweifelt» bezeichnete: Er habe in den letzten Tagen wiederholt einlässliche Unterhaltungen mit verschiedenen Delegierten der Reparationskommission gepflogen und dabei die Gewissheit gewonnen, die Engländer und Amerikaner sähen die Lage ganz klar und wüssten genau, dass Deutschland nicht in der Lage sei, die Bezahlung der Januarrate zu garantieren, sofern ihm nicht durch das Ausland ein ausreichender Kredit auf längere Dauer gewährt werde. Aus den laufenden Einnahmen könne diese Zahlung schlechterdings nicht beschafft werden; denn die beste Notenpresse würde nicht hinreichen, um die Menge der benötigten Noten zu drucken. Von der Industrie sei der Betrag nicht erhältlich. Er habe sehr dringende Unterhandlungen mit Vertretern der grössten industriellen Unternehmungen geführt und von ihnen die bestimmte Erklärung erhalten, es seien nicht genügend Devisen vorhanden, den Januarbedarf zu decken. Wirth fügte bei, er sehe kein Mittel, durch das er in die Lage versetzt werden könnte, die allfällig im Ausland liegenden Devisen der deutschen Geschäftsleute zu erfassen. Voraussetzung dafür wäre, sagte der Reichskanzler mit deutlichem Bezug auf seinen schweizerischen Gesprächspartner, dass die neutralen Länder sich bereitfänden, ihre Banken zu zwingen, der deutschen Regierung entsprechende Eröffnungen zu machen.

Es bleibe also, fuhr Wirth fort, nur der Weg der Kredite im Ausland, und zwar könne es sich auch hier nur um Kredite auf längere Dauer handeln. Aber ein langfristiges Anleihen werde man trotz aller erdenklichen An-



strengungen nicht erhalten. Die ausländische Bankwelt habe übereinstimmend erklärt, ein Darlehen an Deutschland könne gar nicht in Frage kommen, solange nicht die vorgesehenen Reparationsleistungen hinsichtlich der Erfüllungsmöglichkeit revidiert seien. Es bestehe ein *Circulus vitiosus*, aus dem die Deutschen nicht herauskämen; die Reparationskommission handle nach dem militärischen Prinzip: erst zahlen, dann reklamieren, während die Finanz sage: erst Sicherheit, dann Geld. Im Laufe der Unterredung kam der Kanzler immer wieder auf die Unmöglichkeit für Deutschland zurück, fremde Devisen zu erwerben. Der Sturz der Mark sei unzweifelhaft auf die sich immer mehr ausbreitende Überzeugung zurückzuführen, dass «den Deutschen doch nicht mehr zu helfen sei». Er, Wirth, fange an, dieser Ansicht zuzuneigen, wenn er sehen müsse, wie wahnsinnig neuerdings der französische General Charles Nollet, Präsident der interalliierten Militärkontrollkommission, vorgehe: er fordere die Zerstörung der deutschen Werke, obgleich diese doch eine der wesentlichen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes bildeten.

Und nun erfolgte die zweite Einwirkung auf die Schweiz: Der Kanzler ersuchte Planta, den Mitgliedern der Reparationskommission zu erklären, er sei nach wie vor bereit, die Erfüllung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben; er sei auch entschlossen, den voraussichtlich entstehenden politischen Kampf durchzufechten, wenn nötig bis zur Auflösung des Reichstages. Aber es sei ihm als ehrlichem Manne nicht möglich, eine Erfüllung in bestimmtem Umfang zu versprechen, ohne über die Mittel zu verfügen, deren er zu diesem Zwecke bedürfe. «In grösstem Vertrauen» teilte Wirth dem Schweizer Gesandten mit, er habe sich auch mit dem bekannten Industriellen Hugo Stinnes, Mitglied des Reichstags, besprochen. Dieser halte den Zusammenbruch Europas für unvermeidlich, wenn nicht England ohne Verzug sich mit Deutschland zusammenschliesse, um die Reorganisation des ganzen Wirtschaftskörpers an die Hand zu nehmen. Von Amerika könne man nichts erwarten, und die anderen Länder ausser Grossbritannien kämen gar nicht in Betracht, weil sie meistens nicht besser daran seien als Deutschland. Er fürchte, eine allfällig deutsche Linkregierung könnte durch die wieder auflebenden Forderungen der Gewerkschaften dazu geführt werden, radikale Massnahmen wie die Enteignung des Besitzes zu treffen. Bei diesem Anlass habe Wirth mit viel Nachdruck bestätigt, er werde im Fall eines solchen «geistigen Bürgerkrieges» auf der Seite der Arbeiterschaft stehen. Auch diese Mitteilung war wohl als Warnung an die Alliierten gedacht.

Auf Plantas Frage, wie denn Wirth die Aussichten für die nächste Zukunft beurteile, habe dieser wiederholt, er sei sehr beunruhigt. In Neuköln habe die Plünderung der Lebensmittelmagazine bereits begonnen, und aus dem ganzen Ruhrgebiet liefen bedrohliche Meldungen über eine tiefgehende Gärung unter den Arbeitern ein. Die Industrie laufe Gefahr, ihre gute Arbeitsgelegenheit wegen Mangel an Rohmaterialien zu verlieren. «Ich kann

mich», so habe der Kanzler geendet, «der Befürchtung nicht mehr erwehren, dass wir in den nächsten Monaten den wildesten Kämpfen entgegengehen.»

Am Schluss der Besprechung habe Wirth den Schweizer Gesandten noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Alliierten im Begriffe seien, die Kommunalisierung der Sicherheitspolizei zu verlangen. Wozu das führen würde, könne man ohne weiteres beurteilen, wenn man sich vor Augen halte, dass in mehreren grösseren Städten, zum Beispiel in Dresden und Leipzig und bis vor kurzem sogar in Berlin, die Linksradikalen die Mehrheit besässen. Durch diese Massnahme werde der Regierung jede Möglichkeit genommen, sich der Sicherheitspolizei zu bedienen, um Unruhen zu unterdrücken. Man müsse sich auch als Unbeteiligter fragen, ob die Kontrollkommission der Alliierten es wirklich darauf abgesehen habe, in Deutschland russische Zustände zu schaffen. General Nollet werde immer unerbittlicher und rücksichtsloser. Der Reichskanzler habe ihm letzthin ins Gesicht gesagt: «Sie sind der Schrittmacher der Reaktion in Deutschland.»

Auch der italienische Botschafter versuchte, Planta zur Übernahme einer Mediation zu bewegen. Er fragte, ob wirklich keine Aussicht bestehe, dass die Neutralen sich ins Mittel legten, um die Alliierten auf die verheerenden Folgen der französischen Politik für Deutschland und ganz Europa hinzuweisen. Vertraulich versicherte er, wenn er Aussenminister in Rom wäre, würde er sich eine Ehre daraus machen, die Initiative zu einem solchen Schritt zu ergreifen. Er sei fest davon überzeugt, dass der moralische Erfolg in der ganzen Welt riesengross wäre, weil dadurch die zahlreichen Anhänger dieser Idee, die sich bisher nicht hervorgewagt hätten, mobil gemacht werden könnten. Er halte zum Beispiel für ganz sicher, dass in Italien die Sozialisten aller Schattierungen, die Popolari und die Nittianer, sich sofort der Sache annehmen würden. Und ähnlich werde man in England reagieren, wo die Industrie- und Finanzkreise nur auf die Gelegenheit warteten, energisch zu handeln. Der Schritt müsse aber bald unternommen und womöglich durch andere neutrale Staaten unterstützt werden; eine bloss vertrauliche und mündliche Demarche führe bestimmt nicht zum Ziele, vielmehr bedürfe es einer Note, die den Charakter einer Proklamation an das Gewissen der Welt trage. Frassati verliess den Schweizer Botschafter mit der dringenden Bitte, seine Regierung zu einem solchen Schritt anzuregen. Er erblicke in einer Intervention der Neutralen die einzige Möglichkeit, Europa vor dem Untergang zu bewahren; denn auch er sei überzeugt, dass Deutschland unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe.

Aber nicht nur der Franzose und der Italiener wünschten eine Demarche der Schweiz, auch der zunächst Beteiligte, der Reichskanzler, sah hierin eine mögliche Rettung aus der verfahrenen Situation. Als ihm Planta von der Idee einer Mediation sprach, antwortete er sofort: «Ich erwarte diesen Schritt von neutraler Seite seit Wochen, denn ich bin überzeugt, dass nur auf diesem Wege noch eine Lösung zu finden ist; aber ich fürchte, dass der Schritt heute schon zu spät kommt.» Immerhin, habe er bei-

gefügt, scheine ihm die Lage so entsetzlich ernst zu sein, dass es ein Unrecht wäre, einen derartigen Versuch nicht zu unternehmen. Er versicherte, Deutschland sei bereit, sich jeder Kontrolle einer neutralen Kommission zu unterziehen und jede Massnahme zu ergreifen, die eine neutrale Kommission für nötig erachten würde, denn heute gehe es um Leben oder Tod<sup>7</sup>.

Nun war Planta für den Gedanken einer Mediation gewonnen. Er schrieb dem Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, er wisse, dass der ihm nahegelegte Gedanke in der Schweiz auch schon erwogen worden sei und halte es deshalb für seine Pflicht, Motta von seinen vertraulichen Aussprachen Kenntnis zu geben. Bisher habe er die Meinung vertreten, allfällige Schritte sollten nur in der Form von mündlichen und vertraulichen Vorstellungen unternommen werden, unter Hinweis auf den auch der Schweiz drohenden Untergang. Frassati aber meine, dabei dürfte gar nichts herauskommen; man werde nur alle möglichen guten Worte geben, aber keine Handlungen folgen lassen. Am Schluss seines Berichtes machte Planta noch darauf aufmerksam, dass die aus Schweden und Holland in Berlin einlaufenden Nachrichten überaus schlecht lauteten. Deshalb meine der Reichskanzler, diese Länder würden sich einer schweizerischen Demarche bei den Alliierten schon aus Selbsterhaltungstrieb anschliessen.

Wie reagierte der Bundesrat auf die angeregte Vermittlung der Neutralen? Weder im offiziellen noch im geheimen Bundesratsprotokoll findet sich die geringste Spur einer Diskussion dieses Gedankens. Und doch hat Motta den Bericht Plantas mit dem Vermerk «sehr wichtig» versehen und bei den Bundesratsmitgliedern in Zirkulation gesetzt. In den Akten zur Reparationskommission liegt keine Kopie eines Antwortschreibens Mottas an Planta. Bekanntlich ist das Berliner Gesandtschaftsarchiv, worin sich das Original eines allfälligen Schreibens Mottas befinden könnte, gegen Ende des Kriegs bei einem Bombenangriff zerstört worden.

Was darf man aus dieser dürftigen Quellenlage schliessen? Da Planta in den folgenden Berichten mit keinem Wort auf seine Anregung zurückkommt, muss man wohl annehmen, dass Motta nicht bloss von einer Demarche abgeraten, sondern sie abgelehnt hat, weil sie in der gespannten internationalen Lage die neutrale Schweiz zu sehr exponiere und der Kritik der Siegermächte aussetze. Der Umstand, dass Planta schon einige Tage später meldete, die Krise, die sich im Verhältnis Deutschlands zur Reparationskommission gezeigt habe, könne «für den Augenblick» als beschworen gelten<sup>8</sup>, mag Motta in seiner Zurückhaltung bestärkt haben. Ausschlaggebend aber waren grundsätzliche Erwägungen. Er vertrat damals noch eine ganz strenge Neutralitätsauffassung, die jedes Abweichen von vollkommener Unparteilichkeit und Nichteinmischung verbiete, gemäss der schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg von Bundespräsident Calonder am 22. Februar 1919

---

<sup>7</sup> Planta an Motta, Berlin 17. November 1921. Politischer Bericht Nr. 56 mit Mottas Vermerk «streng vertraulich».

<sup>8</sup> Planta an Motta, Berlin 21. November 1921. Politischer Bericht Nr. 57.

dem Schweizer Gesandten in Berlin erteilten Weisung, die Schweiz dürfe keine ihr von deutscher Seite angetragene Vermittlung unternehmen: «... denn unsere Nachbarn sind ausserordentlich empfindlich, und jeder Schritt, der mehr oder weniger zugunsten Deutschlands geschieht, wird als eine unneutrale Handlung betrachtet.» Wie sehr Motta diese Auffassung teilte, beweist seine Zurückhaltung im Wilna-Konflikt. Damals hatte sich die Schweiz einem Wunsche der Siegermächte versagt. Jetzt lehnte sie vom gleichen neutralen Standpunkt aus eine Demarche ab, die man ihr als Begünstigung der Besiegten hätte auslegen können. Solche Mediationen, die nicht von beiden Seiten gleichermassen gewünscht wurden, trugen die Gefahr unabsehbarer Verwicklungen in sich. Nachdem die Schweiz ihre Neutralität aus den Verträgen der Nachkriegszeit nur mit Einbussen hatte retten können, wollte sie diese eingeschränkte, differentielle Neutralität nicht noch weiteren Schädigungen aussetzen<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Dagegen hielt sich die Schweiz nicht zurück, wenn es darum ging, dem Völkerbund Personen zu Organisations- und Mediationszwecken zur Verfügung zu stellen. So amtierte alt Bundesrat Felix Calonder als Präsident der deutsch-polnischen Konferenz. Über seine Inspektionsreise in Oberschlesien meldete Planta am 16. Januar 1922, Reichsminister Schiffer versichere ihm, Calonders Auftreten habe auf beiden Seiten einen «ganz vorzüglichen Eindruck» gemacht; seine Stellung in Oberschlesien sei eine «geradezu glänzende». Die objektive Art seines Auftretens und das Verständnis, das er für die beidseitigen Wünsche und die allgemeine Lage an den Tag lege, hätten eine Atmosphäre vollen Vertrauens geschaffen, die als förmliche Erlösung auf die beteiligten Kreise wirke. Namentlich die Deutschen in Oberschlesien, die mit grossem Misstrauen an Calonder herangetreten seien, hätten wieder Zuversicht und Hoffnung geschöpft. Es bestehe sowohl bei der deutschen wie bei der polnischen Abordnung die Absicht, Calonder zum Vorsitzenden der «Commission mixte» vorzuschlagen, welchen nach dem Genferspruch der Völkerbundsrat ernennen müsse. Calonder habe sich bereit erklärt, die allfällige Wahl anzunehmen. Daran sei besonders erfreulich, schrieb Planta, dass die Befriedigung der beteiligten Kreise sich nicht nur gegenüber der Person Calonders äussere, sondern dass in Calonder der Schweizer geschätzt werde, dem man die nötige Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zutraue. Politischer Bericht Nr. 1/1922.